

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Eddi, Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Knospecken und
Beamtens, u. a., Dresden.
Verl. Kurbach, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abdruckrechtlich vorbehalten mit der täglichen Unter-
stützung des Adressanten, außerdem "Rolle und Zeit"
sonntags 2 Mark, halbjährlich 1 Mark, Einzelexemplar 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzingstraße 10, Dresden Nr. 2361. Sprech-
stunde von 10 bis 12 Uhr.
Geschäftsstelle: Weitzingstraße 10, Dresden Nr. 2361 und 1270.
Geschäftsjahr von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abdruckpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareille-
zeile 10 Pf., die 10 mm breite Halbzeile 20 Pf., für auswärtsige
Abnehmer 10 Pf. und 250 Pf. Familienabonnenten. Einzel- und
Gesamte 40 Gros. Rabatt. Für Kleinverteilung 10 Pf.

Nr. 28

Dresden, Donnerstag den 2. Februar 1928

39. Jahrg.

Schwere Krise im Faschismus

Faschistische Opposition gegen Mussolini — Drohung mit der Verbannung

D. Innerhalb des Faschismus machen sich nach einem Bericht, den das Londoner Arbeiterblatt Daily Herald von der italienischen Grenze erhalten hat, alle Anzeichen einer schweren Krise bemerkbar, die seitlichen Reaktionen seit dem russischen „Tropismus“ aufweist. Mussolini ist schon seit Monaten dabei, die Köpfe der Arbeiter systematisch herabzusetzen. Das ist die einzige Voraussetzung zur Stabilisierung der Währung, solange man sich nicht dazu entschließen kann, die ungeheuren Ausgaben für imperialistische Kriegerzwecke und für den faschistischen Parteiparost wesentlich zu kürzen. Diese Art von zynischer sozialer Frage durch den Faschismus hat nun eine lebhaftere Gegenbewegung unter den Leitern der faschistischen Korporationen erzeugt, jener Zwangsorganisationen, die von Mussolini ins Leben gerufen wurden, um angeblich die Arbeiterinteressen im Einklang mit dem Kapital und unter dem Schutze der Regierung zu wahren.

Insbesondere der Generalsekretär der faschistischen Korporationen, Ruffoni, der bisher stets die italienischen Arbeiter auf den Tagungen des Internationalen Arbeiteramtes vertrat, und der frühere Generalsekretär der faschistischen Partei, Farinacci, werfen der Regierung vor, daß sie gemeinsame Sache mit den Großindustriellen mache und mit ihnen die Abschwerfung der Korporationen zu weiteren Lohnkürzungen durchsetze. Diese Führer haben inzwischen eine Art

Opposition gegen die offizielle Parteipolitik entwickelt und propagieren neben der Parole „keine weiteren Lohnkürzungen mehr!“ die Wiederherstellung des Streikrechts. Die Regierung und die Parteileitung haben nun Maßnahmen ergriffen, um diese Bewegung rückwärts zu drängen zu erzwingen. Sie dröben Ruffoni und Farinacci mit schweren disziplinarischen Maßnahmen und geben ihnen sogar zu verstehen, daß die Viperi-Inseln als Verbannungsorte nicht nur für antifaschistische Oppositionsmitglieder, sondern auch für unzufriedene Faschisten Verwendung finden können. Das war z. B. kürzlich der Fall, als in Rom und in Mailand faschistische Paraden stattfanden. In Rom August Turati, Farinaccis Nachfolger als Generalsekretär der Partei, und Arnaldo Mussolini, der Bruder des Duce und Leiter des Popolo d'Italia, sehr harte Reden gegen die neue Opposition hielten. Sie erklärten, daß es auch mit dieser Opposition keine Kompromisse geben könne, daß man vor dem Ausbruch

ganzer faschistischer Ortsvereine nicht zurückweichen würde und daß solche ausgeschlossenen Sektionen „zu nutzlos und leblosen Zweigen“ werden würden, deren weiteres Bestehen dann nicht länger wahren würde als ein Strohhalm. Charakteristisch ist ferner, daß die faschistischen Behörden in verschiedenen Städten die Aufführung eines Schauspiels von Farinacci, „Anferhebung“, untersagt haben, weil sie befürchteten, daß solche Aufführungen Anlaß zu Sympathieausdrücken politischen Charakters für den Verfasser geben könnten.

Diese oppositionelle Bewegung im italienischen Faschismus ist angesichts der drückenden wirtschaftlichen Lage, die besonders gegen die enttäuschten Arbeiterklasse wirkt, unvermeidlich. Es ist eine durchaus logische Erscheinung, daß der Faschismus, der ähnlich dem russischen Bolschewismus durch den Gewaltstreich einer Winderheit zur Macht gelangt ist und mit den gleichen Methoden der Diktatur regiert, nunmehr eine ähnliche Krise durchmacht, wie sie in Russland der „Tropismus“ darstellt. Da man mit den Mitteln der Gewalt weder wirtschaftliche Probleme meistern, noch die soziale Frage lösen kann, ist es

auf die Dauer unmöglich, daß eine einzige Partei alle anderen Parteien einfach verbietet

und damit jede Diskussion über öffentliche und soziale Angelegenheiten unterdrückt. Das mag zeitweilig dank der überlegenen Persönlichkeit eines einzelnen Führers, wie einst Lenin in Russland und wie Mussolini in Italien, gelingen, dann aber bricht die Unzufriedenheit mit elementarer Gewalt auch innerhalb der einzigen zugelassenen, regierenden Partei durch, es entsteht eine Opposition und die Diktatoren werden vor die Frage gestellt, ob sie die Partei demokratisieren oder ob sie die Opposition mit allen Mitteln der Gewalt, über die sie noch verfügen, unterdrücken sollen. Stalin hat sich in Russland für den letzteren Weg entschieden und es scheint, daß Mussolini, der sowieso in allen wichtigen Fragen nach bolschewistischem Muster vorgeht, die gleiche Methode anwenden wird. Bedenklich wie Trotski die Rolle nach Sibirie antreten mußte, dürften deshalb auch Ruffoni und Genossen, falls sie nicht kapitulieren, bald nach den Viperi-Inseln im Mittelmeer zu wandern haben. Es fragt sich nur, wie lange — in Russland ebenso wie in Italien — diese Methode Erfolg haben wird. Schließlich müssen sich u. U. doch die wirtschaftlichen Gesetze stärker erweisen als die mächtigsten und brutalsten Diktatoren.

Ungarn und Italien

Beschwörung gegen den europäischen Frieden

Von Hermann Wendel

Ungarn und Italien haben von 1915 bis 1918 Krieg miteinander geführt. Italien gehört zu den Siegermächten, die Ungarn 1919 einen demütigenden Frieden aufzwangen. Ja, Italien nahm sich ein Stück Ungarns, da seit etlichen Jahren über Finne das Streben von Schweden weht. Aber statt der zu erwartenden tühlen Beziehungen zwischen beiden Staaten verbindet sie die dickste Freundschaft; sie sind nicht nur seit vorigem Jahr in aller Form Bundesgenossen, sondern auch Spießgesellen gefährlichster Art. Wer es noch nicht wußte, erfuhr es am 1. Januar 1928, als in St. Gotthard Grenzstation zwischen Österreich und Ungarn, von österreichischen Zollbeamten fünf Paketen mit verdächtigem Inhalt leider zu spät angehalten wurden. Auf dem Frachtbrief stand „Maschinenteile“ und das stimmte; es waren Teile von Nordmaschinen, die zusammengelegt, mehrere tausend Maschinengewehre ergaben. Italien schickte sie nach Ungarn. Zwar darf Ungarn nach den Bestimmungen des Friedensvertrages, zu dessen Bürger Italien gehört, keine Waffen beziehen, aber das tut nichts; Italien unterläßt dennoch die verbotene und deshalb heimliche Rüstung Ungarns.

Was die Regierungen in Budapest und Rom vermischt, ist einmal die innere Weltanschauung. Ungarn läßt unter der Diktatur Horthy's wie Italien unter der Mussolinis. In Ungarn gedeiht der Terror der „Erwachenden“ wie in Italien der der Faschisten. Hier wie dort ist, mit Zustimmung der höchsten Stelle, Krenkel, ein Wort das Mittel, sich oppositionelle Geister vom Saße zu schaffen; Ungarn hat seinen Horthy Somogyi wie Italien seinen Fall Matteotti. In Italien ist das Parlament an die Wand gequert, und in Ungarn ist sich der Reichstag, dank der öffentlichen Wahl, durch Druck und Bestechung fast nur aus Kreaturen der Regierung zusammen. In Italien gibt es keine Pressefreiheit, und in Ungarn erbieten allein im letzten Jahre die Redakteure des sozialdemokratischen Organes Nepzava über zwölf Jahre Gefängnis und über 200000 Kronen Geldstrafe zu büßen. Die besten Köpfe Italiens irren als politische Flüchtlinge im Ausland umher, und eine große magyarische Emigration in Wien jenseit von der Schande des Systems, das in Ungarn oben auf ist. Italien betreibt die roheste Internationalisierung seiner Deutschen und Südslawen, und auch Ungarn denkt nicht daran, seinen Deutschen und Slowaken die Winderheitenrechte zu gewähren. Kurz, ein Wunder wäre es, wenn nach allem Horthy nicht zu Mussolini als seinem Herrn und Meister aufblühte, und Mussolini nicht Horthy als seinen lieben Sohn betrachtete, an dem er Wohlgefallen hat. Gleiche Brüder, gleiche Krappen!

Aber fester noch löst beide Herrschaftssysteme die auswärtige Politik aneinander. Wenn im Innern das Ungarn von 1928 an niederrückiger reaktionärer Gesinnung dem von 1914 nicht nachsteht, so haben auch nach außen Magyaren und Gentry durch den Weltkrieg nichts gelernt und nichts vergessen. Ihnen fehlt jede Einsicht, daß Ungarn große Gebiete hauptsächlich deshalb eingebüßt hat, weil hier die in der Winderheit befindlichen Magyaren andre Nationalitäten mit dem Stiefelabsatz regierten; statt dessen träumen sie Tag und Nacht von der Wiedereroberung des Verlorenen und sehen in Tschchoslowaken, Rumänen und Südslawen, zu deren Staaten ehemals magyarische Gawe geschlagen wurden, als Erz- und Erbfeinde, mit denen abgerechnet werden muß. Wie Budapest zu Prag und Bukarest steht, ist der faschistischen Außenpolitik höchst gleichgültig, aber daß auch Belgrad dem magyarischen Revanchegedanken ein Gegenstand des Hasses ist, erfährt Mussolini's Herz. Denn Südslawien ist nicht nur das mächtigste Hindernis für die Durchdringung des Balkans, die dem italienischen Imperialismus als Ziel vorbestimmt, sondern das südslawische Dalmatien liegt auch vor den Augen des geringen Faschismus als ersehnte Beute da; eben erst wieder macht Mussolini's „Popolo d'Italia“ in einem giftigsten Artikel seinem „tiefen Schmerz“ Luft, daß die dalmatinischen Städte in den Händen der „herbischen Hirten“ seien! Die kleinen Balkanstaaten hätten allen Grund, sich gegen die Raubtierneigungen des Faschismus fest zusammenzuschließen, aber wenn es dem „Duce“ gelang, Albanien völlig in eine italienische Kolonie zu verwandeln, Bulgarien durch die Hofnung auf Mazedonien zu fördern und neuerdings auch Griechenland zu fesseln, so könnte ihm das erst recht mit Ungarn, das der bewährteste Reibstiel Italiens im europäischen Südbosten ist. Dieser Tage sog der Kardinal Sereby nicht nur als Vorkämpfer der Kurie, die im Tonangebenden die Errichtung einer katholischen Monarchie erstrebt, sondern auch als Vertrauensmann des Faschismus, der den magyarischen Revanchewahn hält und läßt. In Budapest sind sehr kennzeichnend waren alle Vahabö, durch die er fuhr, auch mit italienischen Höflichkeit gekleidet!

Was unter solchen Umständen die Entdeckung der Maschinengewehre auf Reisen in St. Gotthard entlockt hat, nannte im Ausschuss des österreichischen Nationalrats der Sozialdemokrat Ellenbogen mit Recht „eine Verchwörung Italiens mit Ungarn gegen den europäischen Frieden“. Den europäischen Frieden zu wahren, ist der Völkerverbund herufen. Wie reagiert Genf auf St. Gotthard? Der Völkerverbund ist leider noch eine zu schwächliche Maschine, die sich in solchen Fällen zur Unterdrückung erst

Das gefährliche Gefrierfleisch

Die Stimme der Gewerkschaften

Das Reichsernährungsministerium hat die Zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch einführer pro Monat von 10 000 Tonnen auf 5000 Tonnen herabgesetzt. Dadurch wird das Jahresimportkontingent von Gefrierfleisch um mehr als 15 Prozent gekürzt.

Bei Einführung der Getarjäre im Jahre 1925 wurde in dem Gesetz eine Bestimmung aufgenommen, nach der pro Jahr 10 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei nach Deutschland eingeführt werden können, was die Ernährung der breiten Masse sichert. Unter Einfluß der großen Krise auf dem Lebensmittelmarkt im Jahre 1925/26 wurde dieses Kontingent auf 5000 Tonnen erhöht. Seitdem jagten die Rechtsparteien einen Kampf gegen die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch. Ihre Bestrebungen sind u. a. auch eine der Hauptursachen des Reichslandwirtsch. Gehl man aber die seit 1925 bestehenden Einschränkungen für die Gefrierfleischzufuhr auf, so tritt im Juli von 46 W. pro Doppelzentner in Kraft. Die Verringerung oder Beseitigung der Einfuhrkontingente bedeutet eine schwere Belastung der arbeitenden Volksschichten.

Bald bei der Erörterung des Gefrierfleischhandels vor dem Reichstag — ein Teil der Importeure hat durch rechtliche Maßnahmen im Jahresfrist über 14 Millionen Mark an Monopolschwarz erbeutet — wurde der Reichsernährungsminister Scheide, der von Landol durch eine nachlässige Kontrolle selbst verurteilt hat, auf eine Verringerung der Einfuhrkontingente hin. Jetzt hat er diesen Plan durch die Kürzung des Einfuhrkontingents um mehr als 15 Prozent durchgeführt. Er hat damit seine Maßnahme damit, daß die inländischen Vieh- und Fleischmärkte unter überaus hartem Druck ständen und die Konsumenten der Viehmärkte ernstlich bedroht sei. Die Verringerung des Kontingents soll demnach in erster Linie den Zweck haben, die Fleischpreise zu steigern.

Eine solche Preissteigerung kann aber nur auf Kosten der Verbraucher vor sich gehen, denn die Organisationen der Konsumenten haben noch in den letzten Tagen hinsichtlich der Klärung des Angebots und der Nachfrage auf den Viehmärkten ausgedrückt, ausdrücklich erklärt, daß auch sie ihre Rechte wahren müssen, wenn die Landwirte mit ihnen Schritt in die Höhe gehen. Gegenwärtig ist aber schon die Spannung der Fleischpreise und der Viehpreise um 10 Prozent über dem Normalstand. Der Verbraucher muß sich also auf eine weitere Preissteigerung gefaßt machen. Sie wird durch die Verringerung des Kontingents und insbesondere durch die restriktiven Maßnahmen des Reichsernährungsministers für die Einfuhr von Gefrierfleisch.

Die Gewerkschaften aller Richtungen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bau-Bund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund) haben dem Reichsernährungsminister folgende Eingabe überreicht:

„Durch eine Sonderveröffentlichung des Enquete-Ausschusses (Untersuchung für Landwirtschaft) waren erhebliche Mängel in der Gefrierfleischversorgung festgestellt worden. Der Ausschuss hat jedoch nicht die Aufhebung des bisherigen Einfuhrsystems vorgeschlagen, sondern unter Beibehaltung des zollfreien Gefrierfleischkontingents eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet, um die festgestellten Mängel zu beseitigen. Der Ausschuss für Gefrierfleisch bei dem Reichsernährungsministerium hat sich gleichfalls mit diesen Fragen beschäftigt und Maßnahmen ausgearbeitet, die sich mit den Vorschlägen des oben erwähnten Untersuchungsausschusses decken. Unter diesen Umständen erscheint es den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen überflüssig und im Interesse der minderbemittelten Volksschichten zur Zeit sogar schädlich, das bisherige und nunmehr verbesserte System durch einen allgemeinen Gefrierfleischzoll zu ersetzen. Von einer Systemänderung darf im Augenblick um so eher abgesehen werden, als die Untersuchungen des Enquete-Ausschusses noch nicht beendet sind und in absehbarer Zeit der neue Zolltarif aufzustellen ist. Bei dieser Gelegenheit wird die Gefrierfleischfrage zweifelslos nochmals zur Verhandlung stehen.“

Bedauerlicherweise sind die gewerkschaftlichen Spitzenverbände im Gefrierfleischhandels des Reichsernährungsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nicht vertreten, abgesehen die diesbezüglichen repräsentativen, für die die Gefrierfleischkontingente im Gefrierfleischgesetz nachstehend sind. Wir halten es für dringend erforderlich, daß dieser Fehler alsbald behoben wird und bitten Sie, Herr Minister, zu den Sitzungen dieses Beirats und zu allen Beratungen über diese Fragen künftig die Gewerkschaftsorganisationen einzuladen.“

Der verhaftete Staatsanwalt. Der Berliner Staatsanwalt Jakob ist am Mittwoch in später Abendstunde gemäß einem Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Jakob war im Zusammenhang mit der Berliner Bombardierung eines schweren Vergehens gegen seine Amtspflichten beschuldigt.